

Schröder, Carolin

Strategische Beteiligung an der Stadtteilentwicklung: Mittelfristige Wirkungen von Planungszellen im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Chapter in book | Published version

This version is available at <https://doi.org/10.14279/depositonce-7321>



Schröder, Carolin (2014). Strategische Beteiligung an der Stadtteilentwicklung: Mittelfristige Wirkungen von Planungszellen im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. In: Hans-Liudger Dienel et al., Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten. (Blickwechsel ; 11) (pp. 311–331). München: oekom.

Terms of Use

Copyright applies. A non-exclusive, non-transferable and limited right to use is granted. This document is intended solely for personal, non-commercial use.

WISSEN IM ZENTRUM
UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

Technische
Universität
Berlin

Strategische Beteiligung an der Stadtteilentwicklung: Mittelfristige Wirkungen von Planungszellen im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

„Wenn ich weiß, das [Ergebnis] ist gut, und ich weiß, es wurde auch als gut befunden, möchte ich es auch umgesetzt sehen.“

Planungszellen wurden in den 1970er Jahren konzipiert, als eine Methode, in der zufällig ausgewählte Anwohner/innen über ein zuvor festgelegtes Thema diskutieren, kurze Expertenbeiträge hören, diese mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft erneut diskutieren und ihre abgestimmten Diskussionsergebnisse in einem Gutachten veröffentlichen (Dienel 1978). Drei mal zwei Planungszellen wurden im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt in der Anfangsphase des Berliner Quartiersmanagements (1999/2000) durchgeführt. Im folgenden Text werden diese drei Anwendungsbeispiele in ihrem jeweiligen Kontext untersucht sowie Wirkungen dieser Anwendungen beschrieben und analysiert.

1 Wirkungsreichweiten und -richtungen von Planungszellen

Die Methode zielt zunächst auf ein stärkeres Einbringen einer qualifizierten und repräsentativen Bürgermeinung in laufende Planungs- und Entscheidungsprozesse. Auf diesem Weg sollen Planungszellen zur Verbesserung und Verstetigung eines repräsentativ-demokratischen Systems beitragen (Dienel 1978, S. 74; Hüller 2009, S. 21). Im Mittelpunkt jeder Umsetzung stehen dabei Beratungen (nicht-verbindliche Ergebnisse) bzw. Entscheidungen (verbindliche Ergebnisse) der aus dem Melderegister zufällig ausgewählten Bürger/innen zu vorgegebenen Themen oder Fragen. Eine gegenseitige Beratung erfolgt durch einen themenbezogenen, sachlichen Austausch zwischen Anwohner/innen, zeitweise auch zwischen Anwohner/innen, Politiker/innen und Expert/innen. Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Beteiligungsmethoden ist die finanzielle Aufwandsentschädigung der Teilnehmer/innen; diese ist allerdings nicht einheitlich geregelt, sondern wird in der Regel von Mal zu Mal festgelegt. In den Beratungs-

runden erlangte Ergebnisse und Entscheidungen zu Sachfragen werden in der Regel in einem Bürgergutachten zusammengefasst und veröffentlicht.

Was können solche Planungszellen bewirken? Es ist prinzipiell möglich, dass sehr konkrete Vorschläge von den jeweiligen Entscheidungsträgern als gut empfunden und kurzfristig umgesetzt werden. Aus vielen Anwendungen sind solche Beispiele bekannt: Es werden zum Beispiel weitere Treffen mit Verwaltungsakteuren vereinbart, es werden Hinweisschilder aufgestellt (wie in den unten beschriebenen Beispielen Wrangelkiez und Sparrplatz geschehen) oder neue Themen durch den Auftraggeber – in der Regel Kommunen – aufgegriffen und in laufenden Planungs- und Entscheidungsprozessen berücksichtigt. Darüber hinaus steht mit dem Gutachten kurzfristig eine Art Meinungskatalog zu den behandelten Fragen zur Verfügung und kann in der weiteren Ressortarbeit Berücksichtigung finden.

Man kann weiterhin davon ausgehen, dass größere bauliche Veränderungen und die Entwicklung bzw. Umsetzung von Projekten, Unterstützungs- und Beratungsangeboten etwas länger zur Umsetzung benötigen, da häufig mehrere Verwaltungsstufen durchlaufen, Finanzierungen geklärt und Abstimmungen getätigt werden müssen. Ebenso ist davon auszugehen, dass in den drei oder vier Tagen, die eine Planungszelle in der Regel dauert, sich zwangsläufig so viele Ideen ansammeln, dass sie allein schon aufgrund limitierter Ressourcen (Zeit, Personen, Gelder, Strukturen) nicht alle gleichzeitig umzusetzen sind (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Wirkungszeiträume und -richtungen der Planungszelle

	Kurzfristig	Mittelfristig	Langfristig
Inhalte/Ziele	Projekte Bauten Ergänzende Ziele und Inhalte	Projekte Bauten Ergänzende/neue Ziele und Inhalte	Ergänzende/neue Ziele und Inhalte
Strukturen		Veränderte Verwaltungsstrukturen Förderstrukturen Formen der Zusammenarbeit	Veränderte Verwaltungsstrukturen Förderstrukturen Formen der Zusammenarbeit
Akteure	Inhaltliches Lernen Institutionales, organisationales, soziales Lernen	Demokratische Qualifizierung Inhaltliches Lernen Institutionales, organisationales, soziales Lernen	Demokratische Qualifizierung

Quelle: eigene Darstellung

Ein zweites Ziel der Planungszelle ist die demokratische Qualifizierung der Bürger/innen durch deren Teilnahme. Durch das gemeinsame Arbeiten und den Austausch sollte neben inhaltlichem Lernen mit Unterstützung der Moderator/innen auch ein soziales Lernen, teilweise überdies ein institutionelles Lernen unmittelbar erfolgen. Dies sollte – wie Prof. Dienel es erhoffte – im Idealfall über einen langen Zeitraum durch die flächendeckende, nationale Einführung von Planungszellen verstärkt bzw. multipliziert werden¹ (Dienel 1978, S. 74).

Diese singuläre – und notwendigerweise idealisierte – Darstellung der Wirkungsmöglichkeiten der Planungszelle stößt in der Praxis auf folgende Faktoren: Wurden lange Zeit nur vereinzelt Beteiligungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene durchgeführt, so ist seit Mitte der 1990er Jahre eine starke Zunahme aktivierender, unterstützender und partizipativer Maßnahmen in vielen Kommunen zu beobachten. Es ist daher anzunehmen, dass positive Veränderungen in den Quartieren nicht unmittelbar auf ein singuläres Event (i. e. einmaliger Beteiligungsprozess) zurückzuführen, sondern das Ergebnis längerer Aktivierungs-, Finanzierungs- und Vernetzungsprozesse oder mehrerer Beteiligungsverfahren sind. Während dies aus Sicht der Akteure und Kommunen durchaus positiv einzuschätzen ist, wird es gleichzeitig schwieriger für Evaluation und Forschung, erzielte Wirkungen unmittelbar auf einen einzelnen Beteiligungsprozess zu beziehen und somit zum Beispiel die Wirkungen der Anwendung einer bestimmten Methode zu identifizieren (Friedrichs & Hommerich 2005; Difu 2004).

1 Die Umsetzung von Planungszellen in Berlin

In Berlin wurden die Planungszellen im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt in drei Quartieren (Magdeburger Platz, Sparrplatz, Wrangelkiez) umgesetzt. Um eine Eingrenzung der Wirkungen der Methode Planungszelle zu ermöglichen, werden im Folgenden zunächst die spezifischen Rahmenbedingungen des Programms (Definition von Beteiligung, Strukturen, Ressourcen, Ziele, zu beratende Fragen) beschrieben. Darauf folgt eine kurze Beschreibung der drei Quartiere.

1.1 Die Rahmenbedingungen – Soziale Stadt und Quartiersmanagement

Die „Soziale Stadt“ ist ein strategisches Entwicklungsprogramm für Kommunen und Stadtteile mit als problematisch eingeschätzten, weil schwach ausgeprägten, ökonomischen und sozialen Strukturen (Becker et al. 2002; Franke 2002). Es zielt darauf ab, komplexe und langfristig erfolgreiche „Quartiersentwicklungs-

¹ und die daraus folgende regelmäßige Teilnahme aller Bürger/innen

prozesse in Gang“ (Argebau 2005, S. 4) zu setzen, die die Gebiete „zu selbstständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen“ (Argebau 2000, S. 4). Bei der Erarbeitung des Programms ging man davon aus, dass Beteiligung eine „grundlegende Voraussetzung für den erfolgreichen Ablauf der Stadterneuerung“ (Difu 2000, S. 3) sei, und räumte der Beteiligung von Bürgern durch „mehr oder weniger geplante Verfahren [...] mit konkreten Zielvorstellungen“ (Difu 2000, S. 3) eine wichtige Funktion als „eigenständiger Bestandteil städtischer Entwicklungsstrategien“ ein (ebd.). Beteiligung sollte – im Verständnis der Sozialen Stadt – insbesondere zu einer verstärkten und verbesserten Kommunikation zwischen Akteuren führen (Alisch 2003) und durch aktivierende und unterstützende Maßnahmen vonseiten der Verwaltung und des Quartiersmanagements ergänzt werden. (Becker et al. 2002, S. 32; vgl. Franke & Löhr 2001) Gegenstand und Ziele von Beteiligung waren damit zunächst sehr weit gefasst – von aktivierenden Maßnahmen über informelle Gespräche und moderierte Veranstaltungen bis zur praktischen Selbsthilfe der Bürger/innen (Schröder 2010, S. 64 ff.). Explizit benannt werden im Programm verschiedene Methoden, die Planungszellen waren jedoch nicht darunter (Difu 2000, S. 6–7).

„Quartiersmanagement“ heißt das strategische Instrument des „Bundesländer-Programms Soziale Stadt“. Es geht auf das, Anfang der 1990er Jahre in der Gemeinwesenarbeit entwickelte, Konzept des Stadtteilmanagements zurück. Dessen Ziel war der Einsatz einer vermittelnden, vernetzenden und koordinierenden intermediären Instanz auf Stadtteilebene, um eine stärkere Verbindung zu und Einflussnahme auf wirtschaftliche, politische und administrative Strukturen zu erreichen. Aktivierung von Anwohnern, Bündelung und Management institutioneller Ressourcen sowie Orientierung an den Bedürfnissen der Anwohner waren damals wie heute wichtige Ziele; allerdings wurde im Verhältnis zur Förderung stabiler sozialer Strukturen eine stärkere Managementorientierung des Ansatzes gefordert (Krummacher 2003, S. 76; Hinte 2001, S. 156).

Die bundesweit ersten 15 Umsetzungsgebiete des Quartiersmanagements wurden als Pilotvorhaben 1999 in Berlin eingerichtet, darunter auch die drei unten beschriebenen Quartiere. In allen Berliner Bezirken wurde ein Koordinatorenamt in der Verwaltung geschaffen. Träger des Quartiersmanagements waren jeweils etablierte Akteure aus den Quartieren mit Erfahrung in der (gemeinwesenorientierten) Stadtteilarbeit, Bürgerbeteiligung und Projektentwicklung. Dabei wurde der Anspruch formuliert, die Entwicklung in den jeweiligen Quartieren an die Potenziale, Ressourcen und Problemstellungen vor Ort anzupassen; in der Konsequenz waren zum Beispiel in Berlin von Beginn an einige Schwerpunkte anders gesetzt und Beteiligungsverfahren – nicht allgemein Beteiligung wie in der Sozialen Stadt – erhielten eine Sonderstellung als eins von insgesamt sechs eigenständigen Handlungsfeldern (Schröder 2010, S. 63).

1.2 Die Durchführung

Die drei Quartiere Magdeburger Platz (in Berlin-Mitte), Sparrplatz (Wedding) und Wrangelkiez (Kreuzberg) besitzen vergleichbare Rahmenbedingungen hinsichtlich ihrer baulich-räumlichen Struktur (innerstädtische Altbauquartiere), einer formal gleichen Implementierung des Quartiersmanagements und der Beteiligungsformen sowie eine ähnlich vielfältige Akteursstruktur. Unterschiede zwischen den Gebieten bestehen allerdings hinsichtlich der Größe, der Einwohnerzahl und -struktur: So wohnen zum Beispiel am Magdeburger Platz deutlich mehr Menschen über 65 Jahre als im Wrangelkiez (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Statistische Daten im Vergleich – die drei Untersuchungsgebiete.
Stand 2006 (*1999)

	Magdeburger Platz	Sparrplatz	Wrangelkiez	Durchschnitt QM-Gebiete	Berlin
Bezirk	Mitte	Wedding	Friedrichshain/ Kreuzberg	–	–
Gebietsgröße	73 ha	51 ha	46 ha	k. A.	k. A.
Einwohner	8.710	14.342	12.331	3.262	3.333.0112
Menschen ohne deutschen Pass	35 %	38,6 %	39,8 %	25,7 %	*13,1 %
0 – 5 Jahre	6,2 %	6,9 %	7,4 %	6,4 %	5,0 %
6 – 17 Jahre	12,5 %	10,7 %	9,3 %	12,2 %	12,2 %
18 – 34 Jahre	28,3 %	35,4 %	32,5 %	34,3 %	34,3 %
35 – 54 Jahre	33,9 %	32,0 %	33,8 %	31,0 %	31,1 %
55 – 64 Jahre	8,9 %	8,4 %	9,1 %	8,1 %	13,6 %
über 65 Jahre	10,2 %	6,7 %	5,6 %	7,7 %	15 %
Bereitschaft, sich stärker zu engagieren	25,0 %	26,0 %	37,0 %	29,7 %	k. A.

Quelle: Schröder 2010, S. 74

Bereits vor der Umsetzung der Sozialen Stadt – also vor 1999 – entwickelte sich in den Berliner Bezirken und Senatsabteilungen eine Differenz über die grundsätzliche Herangehensweise an Beteiligung. In der Folge wurden zwölf Gebiete von der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr (SenBWV) und drei Gebiete von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und

Technologie (SenSUT) betreut, welche im Folgenden Gegenstand der Untersuchung sind.² SenSUT verfolgte – wie auch andere Kommunen in Deutschland – einen akteursorientierten Ansatz, der durch eine Einbindung der Anwohner/innen von Beginn an sowie durch eine Stärkung der „Eigeninitiative und Selbsthilfbereitschaft der Bewohnerschaft“ geprägt sein sollte (Difu 2004; Helfen 2000, S. 247). Entsprechend dieses Ziels wurden bereits die integrierten Handlungskonzepte für die jeweiligen Quartiersmanagements gemeinsam mit Anwohner/innen entwickelt (Difu 2004).

Nach einer öffentlichen Ausschreibung wurde die Methode Planungszelle für diese Aufgabe ausgewählt und 1999 und 2000 vom nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung Berlin sowie der Infrastrukturakademie Berlin in den drei Quartieren umgesetzt. Durchgeführt wurden in jedem Quartier zwei viertägige Planungszellen mit 17 bis 25 Teilnehmer/innen, je einem Moderatorenteam, eingeladenen Expert/innen und einem Politiker-Hearing sowie im Wrangelkiez auch teilweise türkisch-deutsche Übersetzung. Es wurden Aufwandsentschädigungen an die Teilnehmer/innen gezahlt, es gab Kaffeepausen und Mittagessen. Die Einladung erfolgte über die Melderegister und um eine stärkere Beteiligung türkischer, arabischer, polnischer und russischer Migrant/innen zu erreichen, wurden diese gezielt angesprochen.

2 Wahrnehmbare Wirkungen des Verfahrens

Unmittelbar nach der Durchführung wurden teilnehmende Anwohner/innen nach ihrer Motivation für die Teilnahme befragt.³ Die Mehrzahl ging recht praxisorientiert davon aus, dass sie in positive Veränderungen im Quartier eingebunden werden würden. Am häufigsten genannt wurden daher eine Neugier auf das Verfahren, der Wunsch nach einer aktiven Teilnahme an der Problemlösung und eigene Vorschläge machen zu können. Zu einem etwas geringeren Anteil wurde auch ein generelles Interesse am Planungsgegenstand – wahrscheinlich aufgrund der direkten Betroffenheit (durch das Wohnen, teilweise auch Arbeiten im Quartier) – genannt, Neugier auf Bürgerbeteiligung allgemein sowie der Wunsch, mitreden zu können bzw. seine Meinung einzubringen und gehört zu werden. Dies war nur bei einigen auch mit demokratischen Werten wie Bürger-

2 Die SenBWV verfolgte hingegen eine verwaltungszentrierte Herangehensweise: In diesen Quartieren sollte die „Verantwortung für die soziale Situation in benachteiligten Stadtteilen nicht an die Bewohner vor Ort delegiert“ werden, sondern aktiv durch Politik und Verwaltung unterstützt werden und somit Vorbildcharakter für späteres Verwaltungshandeln entwickeln. Dies bedingte die Einführung einer zusätzlichen Struktur im Quartier, über die Entscheidungsprozesse liefen (Top-down-Ansatz: Difu 2004; Helfen 2000, S. 247).

3 Vom Wrangelkiez konnte die Häufigkeit der Nennungen leider nicht mehr rekonstruiert werden, aus den Unterlagen ist lediglich noch zu entnehmen, welche Motivationen von den Teilnehmer/innen genannt wurden.

bewusstsein und generellem Interesse an Politik bzw. Demokratie verbunden (Schröder 2010, S. 153–154; SenSUT 2000a; SenSUT 2000b; SenSUT 1999); (siehe Tabelle 3).

Gleichzeitig wurde eine Einschätzung des Verfahrens sowie zu erwartender Wirkungen erfragt. Dabei zeigten sich Relativierungen der ursprünglichen Motivationen der Teilnehmer aufgrund der während des Verfahrens wahrgenommenen Strukturen, Rahmenbedingungen, aber auch der Ziele der Verwaltung und der Politik: Zwar bezeichneten die Anwohner/innen ihre Ergebnisse in der Regel als realistisch und gut, eingeschränkt wurde die positive Einschätzung der vier Tage aber durch eine Ungewissheit über verfügbare Gelder für etwaige Umsetzungen, durch eine wahrgenommene Unschärfe der Rollen und Entscheidungsbefugnisse der beteiligten Akteure aus Planung, Politik und Verwaltung sowie durch ein geringes Interesse der eingeladenen Politiker. Und nicht zuletzt hatten bereits einige Teilnehmer/innen die Befürchtung, dass die Empfehlungen nicht umgesetzt würden (SenSUT 1999, S. 73–74; SenSUT 2000a, S. 51–52; SenSUT 2000b, S. 47). Nach Einschätzung der Anwohner/innen sei also die Reichweite der Planungszellen gering bei gleichzeitig diffuser Wirkungsrichtung.

Tabelle 3: Gründe zur Teilnahme der Anwohner/innen
des Bürgergutachtens Magdeburger Platz und Sparrplatz am Verfahren.
n = 14 am Magdeburger Platz, n = 53 am Sparrplatz, Mehrfachnennungen möglich

	Gründe zur Teilnahme der Anwohner	Magdeburger Platz	Sparrplatz
		Absolut	Absolut
Demokratie-stabilisierung	Neugier (auf das Verfahren) bzw. Bürgerbeteiligung	4	11
	Mitbestimmung	–	1
	Generelles Interesse an Politik Teilnahme als „direkte Demokratie“ mehr Einfluss auszuüben	–	–
Politische Handlungsfähigkeit	Bürgerbewusstsein	1	–
Verbesserte Planung	An der Problemlösung teilnehmen/ Positive Veränderung erreichen	7	19
	Vorschläge machen	1	17
	Mitreden zu können/ Meinung einbringen	1	9

	Gründe zur Teilnahme der Anwohner	Magdeburger Platz	Sparrplatz
		Absolut	Absolut
Verbesserte Planung	Interesse am Bezirk/Quartier/ Planungsgegenstand	1	7
	Informiert werden	–	3
	persönliche Betroffenheit sich austauschen an der Problemdiskussion teilnehmen	–	–
Lernen und Entdecken	Erfahrungen sammeln	1	1
	Neue Menschen kennen lernen	–	1
Sonstiges	Bezahlung	1	1
	Kostenlose Bereitstellung von Verpflegung	–	4

Quelle: SenSUT 2000 und SenSUT 2000a; eigene Darstellung

2.1 Fünf Jahre nach der Durchführung

Wie bereits oben kurz erwähnt, waren unmittelbar nach den Planungszellen einige Veränderungen bemerkbar: So wurde zum Beispiel im Wrangelkiez eine Orientierungstafel am U-Bahnhof aufgestellt, am Sparrplatz eine Informationstafel der lokalen Gewerbebetriebe installiert und in allen Quartieren diverse öffentliche Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen eingerichtet. Darüber hinaus war auch ein weiteres Interesse der Planungszellen-Teilnehmer/innen an der Stadtteilentwicklung bzw. an bestimmten Themen vorhanden. Und im Wrangelkiez wurde das Thema „Zusammenleben“, welches bereits in den Planungszellen thematisiert wurde, zu einem der Hauptthemen des Quartiersmanagements im integrierten Handlungskonzept ausgebaut (Schröder 2010).

In den Jahren 2004 und 2005 wurden neun der damaligen Teilnehmer/innen nochmals zu ihren Beteiligungserfahrungen seit den Planungszellen befragt, im Unterschied zu 1999/2000 wurden jetzt aber auch Akteure aus Quartiersmanagement (vier), Verwaltung (zwei) und Politik (drei) befragt.⁴ Diese Akteure bevorzugten durchaus unterschiedliche Grade und Formen von Beteiligung; Anwohner/innen, Politik-, Verwaltungsakteure sowie Quartiersmanager/innen teilten allerdings eine deutliche Nutzen- und Ergebnisorientierung bei ihren Überlegungen.

⁴ Dies umfasst Aussagen der Befragten zu Beteiligung an der Stadtteilentwicklung und Erwartungen an Beteiligung allgemein, alle Befragten waren aber an den damaligen Planungszellen beteiligt und kamen im Gespräch auch des Öfteren explizit darauf zurück. Dazu wurden 60–90-minütige Interviews mit Beteiligten von damals durchgeführt (Schröder 2010).

2.1.1 Direkte Kommunikation als Voraussetzung für Beteiligung

Die befragten Akteure hatten in der Mehrzahl immer noch eine positive Einstellung zu Bürgerbeteiligung und stimmten überein, dass jegliche Form von Beteiligung eine direkte (hier: *Face-to-Face*) Kommunikation ermöglichen sollte. Diese gilt wiederum als Voraussetzung für (phasenweise) gemeinsames Arbeiten von Akteuren (insbesondere Anwohner/innen und Verwaltung). Gleichzeitig verstanden speziell die befragten Anwohner/innen Beteiligung weiterhin als Möglichkeit, aktiv etwas zur positiven Veränderung in ihrem Quartier beizutragen und durch ihre Teilnahme Entscheidungen verändern zu können. Eine persönliche Aufforderung zur Teilnahme, wie es zum Beispiel durch die Planungszelle geschah, wurde daher als motivierend empfunden. Wohingegen von vielen Akteuren darauf hingewiesen wurde, dass trotz im bisherigen Verlauf des Quartiersmanagements verstetigter und vermehrter Kommunikationsmöglichkeiten (Internet, Informationsveranstaltungen, Netzwerke) noch Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich sprachlicher und visueller Verständlichkeit bestünden. So erinnerten sich doch drei Anwohner an negative Erlebnisse mit Politikern während der Planungszelle; einige waren nicht zum vereinbarten Gespräch erschienen, schiefen offenbar während der Diskussion ein oder aber hielten sich nicht an (vermeintlich) getroffene Zusagen (Schröder 2010, S. 103 ff.).

2.1.2 Ergebnisorientierung

Weiterhin vertrat die große Mehrzahl der befragten Akteure quer durch die Akteursgruppen die Ansicht, dass sichtbare Ergebnisse aus einem Beteiligungsverfahren folgen müssten, wie zum Beispiel bauliche Veränderungen, die Initiierung neuer Projekte, weniger bürokratisches und abgestimmtes Verwaltungshandeln sowie eine gegenseitige Anerkennung der geleisteten Arbeit – Erwartungen, die bei den befragten Anwohner/innen auch an die Übergabe und Veröffentlichung des Gutachtens geknüpft waren. Ein fertiger Plan, ein Konzept, oder ein Gutachten wurden hingegen von den befragten Anwohner/innen in der Regel nicht als sichtbare Veränderung bzw. Umsetzung begriffen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine größere Transparenz der Rahmenbedingungen wie zum Beispiel der Finanzen, Ressourcen, Entscheidungsstrukturen und -zeiträume, Ziele institutioneller Akteure, Hindernisse, die Bedeutung des jeweiligen Beteiligungsprozesses für die Stadtteilentwicklung und nicht zuletzt die Wechselwirkungen zwischen Beteiligungsprozessen und politischen Entscheidungen und Zielen als wichtig erachtet (Schröder 2010, S. 106–107).

Eine Unterstützung der direkt und mittelbar beteiligten Akteure wurde ebenso als wichtig erachtet, zum Beispiel durch eine Strukturierung der Prozesse

durch externe Moderatoren, durch sichtbare Zwischenergebnisse (Zwischenpräsentationen, Baubeginn bzw. Bauabschnitte oder eine Zusammenarbeit mit bisher unbekanntem Akteuren) sowie durch transparente Strukturen. Sofern die Akteure unterschiedliche Beteiligungsmethoden thematisierten, bevorzugten sie generell ergebnisorientierte Beteiligungsformen und wenig hierarchische, offene Formen wie Netzwerke, Arbeitsgruppen von kurzer Dauer, eigenes, unabhängiges (i. e. bürgerschaftliches) Engagement oder die zeitlich begrenzte Einbindung in Entscheidungen (insbesondere in Bürgerjuries). Die befragten Verwaltungs-, Politikakteure sowie Quartiersmanager gingen hingegen davon aus, dass Form und Grad der Beteiligung situativ nach den Zielen und Zielgruppen auszuwählen sind (Schröder 2010, S. 108).

In allen drei Quartieren stellten außerdem Akteure Bezüge zwischen von ihnen erlebten Beteiligungsverfahren und Erfahrungen aus ihrem Alltag bzw. dem Berufsleben her. Ebenso verglichen sie Beteiligungsmöglichkeiten im Quartier insbesondere mit betrieblichen Beteiligungsstrukturen, entsprechend wurde dann auch die Effektivität von Beteiligungsprozessen an diesen Erfahrungen gemessen. Dabei schnitten die Planungszellen nicht so gut ab, da Beteiligungsverfahren mit breiter Themenstreuung „zu weit weg“ von individuellen Problemen und Interessen seien und Gutachten eben „oft in der Schublade verschwinden“ (Schröder 2010, S. 109).

2.1.3 Nutzenorientierung

Das Selbstverständnis aller befragten Akteure zeichnete sich weiterhin durch ein hohes Maß an Eigenverantwortung, Engagement und Rückkopplungsbedarf in Beteiligungsprozessen aus. Damit eng verbunden waren Befürchtungen eigener oder fremder Überforderungen in Beteiligungsprozessen. In diesem Zusammenhang wurde auch Verständnis dafür geäußert, dass manche kein, ein begrenztes oder ein sich über die Jahre veränderndes Interesse an der Quartiersentwicklung hätten, auch wenn ein gleichwie bekundetes Desinteresse anderer Akteure als demotivierend empfunden wurde.

Dieses Verständnis von Beteiligung als nutzen- und ergebnisorientierter Kommunikationsprozess hat sich im Vergleich zur ersten Befragung wenig verändert; festzuhalten ist, dass unterschiedliche Einschätzungen der Akteure weniger auf die Zugehörigkeit zu einer Akteursgruppe (Bürger/in, Verwaltung, Politik, Quartiersmanagement) zurückzuführen zu sind. Insbesondere im Fall der Anwohner/innen resultiert dies jedoch nicht zwingend in einer höheren Teilnahmehäufigkeit: So interessierten sich fünf der befragten neun Anwohner/innen nach ihrer Teilnahme an Planungszellen nicht mehr für den weiteren Fortgang, da sie entweder keine Zeit mehr bzw. „wichtigere Dinge zu tun“ hatten, ein

Nachhaken aufgrund persönlicher Lebensumstände als Überforderung empfanden, oder wegen einer langen Prozessdauer das Interesse verloren. In allen Quartieren war allerdings auch je ein/e Anwohner/in vor und nach der Teilnahme in Initiativen engagiert. Zwei weitere – und zwar diejenigen, die die persönliche Einladung zur Planungszelle auch im Nachhinein als motivierend empfanden – brachten sich nach einer ersten Tätigkeit als Bürgergutachter/innen zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal in die Quartiersentwicklung ein. Die befragten Akteure aus Verwaltung und Politik bezeichneten Beteiligung hingegen als „alltäglichen“ und „selbstverständlichen“ Bestandteil ihrer Arbeit (Schröder 2010, S. 132).

2.2 Veränderte Ziele des Quartiersmanagements und der Sozialen Stadt

2002 wurden – im Zuge einer Berliner Verwaltungsreform – alle Quartiersmanagement-Gebiete in die Verantwortung der neu eingerichteten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) übertragen. In allen Gebieten wurde nun ein aktorszentrierter Ansatz durchgeführt. Für die Fortschreibung der integrierten Handlungskonzepte wurden die Anwohner 2002 bzw. 2003 in insgesamt zehn der nun 17 Berliner Quartiersmanagement-Gebiete durch Workshops, Foren und Informationsveranstaltungen eingebunden, darunter auch zwei der drei Untersuchungsgebiete (SenStadt 2004a).

Ging man zu Beginn der Umsetzung noch davon aus, dass die Ergebnisse der Beteiligungsmaßnahmen am Grad der Aktivierung der Bürger und am Grad der selbstständigen Nutzung eigener Kompetenzen gemessen werden könnten (Alisch 2003), so wurde schnell klar, dass die Messung derselben nur schwer zu realisieren war (Difu 2004). Darüber hinaus musste festgestellt werden, dass „die Ideen der Bewohnerschaft ... oft mit konkreten Projekt-, Zeit- und Output-Vorstellungen der Verwaltung [kollidieren].“ Dies sei sowohl in „mangelnden Entscheidungsbefugnissen“, in der Nicht-Verfügbarkeit über materielle Ressourcen (insbesondere Geld) (Franke 2000, S. 45), als auch in „mangelhaften ‚Sprachkenntnissen beider Seiten‘, also in der Kommunikation“ (Stein 2005, S. 181) zwischen Anwohnern, Verwaltung und Quartiersmanagement begründet.

Erste Kritiken am Bund-Länder-Programm betonten, dass nicht alle hochgesteckten inhaltlichen und strukturellen Ziele bezüglich Beteiligung – in den Quartieren zudem in sehr unterschiedlichem Maß – erreicht werden konnten. Ernüchternd schien daher die Gesamtbilanz, dass auch nach vier Jahren Quartiersmanagement mit Bewohneraktivierung sich bundesweit „fast 70 % der befragten Bewohner ... nicht vorstellen [können], sich für ihren Stadtteil stärker

zu engagieren“ (empirica 2003, S. 182).⁵ Der hohe Input an Aktivierungsbemühungen hatte demnach nur bedingten Erfolg, und Beteiligungsverfahren erreichten meist nur die Bewohnergruppen, „die eine besondere Beziehung zum Gebiet haben oder die in besonderer Weise auf die Funktionsfähigkeit und auf die Qualität des Lebensraumes angewiesen sind, zum Beispiel sozial stabile Familien mit kleinen Kindern.“ (empirica 2003, S. 181–182).⁶

Zudem hätten sich nur wenige strukturelle Neuerungen durchsetzen können (Aehnelt 2005, S. 69; Krummacher 2003, S. 7; empirica 2003, S. 72). Handlungsfelder und Maßnahmen wiesen unzureichende Detaillierungsgrade und Begründungszusammenhänge auf, Leit- und Einzelziele fehlten bzw. seien zu unkonkret (Häußermann 2005, S. 77; empirica 2003, S. 72), da die „Zuständigkeiten bei unterschiedlichen Ressorts [der Bezirksverwaltung] angesiedelt“ und die Kommunikationswege zu Beginn des Quartiersmanagements noch wenig etabliert waren (empirica 2003, S. 204). Dennoch wurden in der Evaluation nicht näher beschriebene „spürbare“ Wirkungen des Quartiersmanagements auf den Austausch zwischen Verwaltung und Bürgern zurückgeführt (empirica 2003, S. 72). Als „relativ erfolgreich“ wurde die Soziale Stadt bezüglich investiver Maßnahmen – vorrangig Wirtschaftsförderungen, teilweise aber auch im sozialen Bereich – charakterisiert (Walther & Güntner 2005, S. 185; Häußermann 2005, S. 78).

2.3 Konsequenzen in den Quartieren

Aufgrund dieser ersten Erfahrungen wurde in Berlin und bundesweit „eine systematische Berücksichtigung der Vielfalt der Bedürfnisse, Betroffenheiten, Wünsche und Machbarkeiten der Akteure“ gefordert (Difu 2004). Gleichzeitig wurde im Verlauf der Jahre der ursprüngliche Anspruch, die Entwicklung in den Quartieren an die Potenziale, Ressourcen und Problemstellungen vor Ort anzupassen, weiter ausformuliert und umgesetzt. In der Folge unterschieden sich Ziele, Strukturen und Herangehensweisen in den einzelnen Gebieten teilweise deutlich und das Repertoire umgesetzter Methoden und Ansätze wuchs rasant.

So wurden zwar in Berlin keine Planungszellen mehr durchgeführt, allerdings wurden sowohl dort als auch in anderen deutschen Programm-Kommunen zahlreiche Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten verwirklicht: Neben der Weiterführung bestehender Angebote wie Bürgersprechstunden, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Bewohnerveranstaltungen und Mieterbeiräten wurden auch spezifische, temporäre und dauerhafte Beteiligungsformen für verschiedene

⁵ Gründe dafür seien die hohe Fluktuation, die nicht vorhandene Bindung der Anwohner an das Quartier, „Innere Isolation“ sowie vielfältige, nicht miteinander verbundene Netzwerke (ebd.).

⁶ In fünf Gebieten, darunter auch im Wrangelkiez, lag die Anzahl der engagamentbereiten Anwohner deutlich höher.

Zielgruppen entwickelt wie mehrsprachige Internetauftritte, Quartierszeitungen, *Planning for Real*, Charette-Verfahren, Planungsworkshops, Zukunfts- und Ideenwerkstätten, Mieter- und Einwohnerversammlungen und Quartiersforen. Weiterhin wurden Ideenwettbewerbe, aktivierende Befragungen, Stadtteilkonferenzen, Stadtteilstefen, Ausstellungen, projektbezogene Bürgerbeteiligung, aber auch informelle Gespräche mit Einzelpersonen, Gruppen und Interessengemeinschaften durchgeführt (Difu 2004; empirica 2003, S. 174).

Hier zeigte sich, dass diejenigen Beteiligungsansätze vergleichsweise am erfolgreichsten waren, die einen direkten Austausch von Anwohnern und Quartiersmanagement bzw. Anwohnern und Verwaltungs- und Politikakteuren ermöglichten und zugleich so flexibel waren, dass eine dauerhafte oder regelmäßige Teilnahme der Anwohner nicht zwingend notwendig war. Dies waren zum Beispiel informelle Gespräche mit Gruppen und Einzelpersonen, personenspezifische Arbeit, Vernetzungstechniken und Feste. Auch Beteiligungsformen, die eine größere Entscheidungsbeteiligung der Anwohner erlaubten, wie die Aktionsfondsjury und die Bürgerjury wurden von der Mehrzahl der beteiligten Akteure positiv eingeschätzt. Mit der Vervielfältigung der Beteiligungsmöglichkeiten wurde allerdings auch die Abstimmung von Beteiligungsansätzen über Quartiere hinweg schwieriger (empirica 2003, S. 174; Schröder 2010, S. 55–56).

Infolge der Erfahrungen mit verschiedenen Informations- und Beteiligungsansätzen setzte sich insbesondere bei Verwaltung und Quartiersmanagement aber auch die Erkenntnis durch, „dass hinsichtlich der Realisierung von Bewohnerwünschen keine Illusionen erzeugt werden dürfen und dass Verfahren transparent gestaltet sein müssen“ (Becker et al. 2002, S. 45; Stein 2005, S. 181). Weiterhin seien die Handlungsmöglichkeiten aller Akteure sowie die „Rechtsqualität oder Beschlusskraft [der] in Beteiligungsgremien getroffenen Entscheidungen“ zu klären (Becker et al. 2002, S. 45; Aehnelt 2005, S. 70–71). In der Konsequenz nahm im Programmverlauf die Übertragung von Entscheidungsbeugnissen an Anwohner/innen stets einen größeren Stellenwert ein als aktivierende Maßnahmen (Häußermann 2005, S. 81; Difu 2004; empirica 2003, S. 119). So wurden bereits ab 2002 in allen Quartieren in und außerhalb Berlins zur Durchführung kleinerer Projekte je 30.000 DM (bzw. später 15.000 EUR) jährlich in einem Aktions- oder Verfügungsfonds bereitgestellt. Als weiteres Element wurde in den Jahren 2001/2002 für jedes Quartier ein Quartiersfonds eingerichtet, aus dem 1 Million DM (bzw. später 500.000 EUR) über Bürgerjuries im Quartier verteilt wurden (empirica 2003, S. 173; SenStadt 2004).⁷

⁷ Diese letztgenannte Beteiligungsform war bereits eine Umsetzung erster guter Erfahrungen mit Anwohnerbeteiligung in den Aktionsfonds. Ziel dieser Bürgerjuries war es, eine Entscheidungsübernahme auf lokaler Ebene über die Vergabe der Quartiersfondsmittel durch einen festen Kreis von zur Hälfte aktiven Bekannten und zur Hälfte von zufällig ausgewählten Anwohnern zu ermöglichen (empirica 2003; S. 174).

2.4 Veränderte Rahmenbedingungen in den Quartieren

Diese vielfältigen Entwicklungen im Bereich Beteiligung und Quartiersmanagement wurden durch lokale Entwicklungen im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich überlagert: So stabilisierte sich zwischen 1999 und 2005 die wirtschaftliche Lage am Magdeburger Platz nach Aussagen des Verwaltungsakteurs und des Quartiersmanagements – ob dabei ein Zusammenhang mit den Aktivitäten des Quartiersmanagements bestand, war ihnen aber unklar. Sichtbar zugenommen hat z. B. die Zahl der Restaurants, Kneipen und Galerien im Gebiet.

Ende 2005 wurde am Sparrplatz und am Magdeburger Platz die Verantwortung für das Quartiersmanagement an den Bezirk übertragen. Dies ging mit einer veränderten Prioritätensetzung der Quartiersentwicklung einher: Beteiligung wird nun mit allen Themen verknüpft; die neuen Schwerpunkte sind Arbeitsmarkt, Bildung und Stadtteilkultur (Selbstdarstellung des Quartiersmanagements Magdeburger Platz 2000). Seit 2006 existiert am Sparrplatz ein halbjährlich tagender Quartiersrat mit einem Stamm fester – aber zufällig ausgewählter – Teilnehmer, der mehr Entscheidungskompetenz und Verantwortung besitzt und Handlungsschwerpunkte, Prioritäten und Einzelmaßnahmen festlegt (Schröder 2010, S. 103).

Im Wrangelkiez wechselte bereits 2002 der Träger des Quartiersmanagements mitsamt dem Quartiersmanager, u. a. mit der Begründung, dass das integrierte Handlungskonzept nur mangelhaft umgesetzt worden sei. In der Folge wurden auch hier die Schwerpunkte verändert und vor allem Projekte und Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Wirtschaftsförderung, Bürgerbeteiligung und Wohnumfeld durchgeführt. 2004 wechselte erneut die Trägerschaft. Bis 2005 siedelten sich zudem zahlreiche Mode- und Medienbetriebe im Quartier an, was aber nach Aussagen des befragten Politikakteurs ebenfalls eher ohne Zusammenhang zum Quartiersmanagement zu sehen sei (Schröder 2010, S. 124).

Die oben stehenden Ergebnisse bezeichnen einen Zwischenstand nach gut fünf Jahren Quartiersmanagement – seitdem sind wiederum zahlreiche neue Projekte entwickelt worden, mittlerweile existieren auch einige Einrichtungen, die auch von den Teilnehmer/innen der Planungszellen für ihre Quartiere gewünscht wurden, zum Beispiel eine Seniorenfreizeitstätte und ein mittlerweile wieder geschlossener Jugendklub im Wrangelkiez, ein Integrationszentrum am Magdeburger Platz sowie ein Nachbarschaftshaus am Sparrplatz, die Raum für eigene Projekte und Veranstaltungen bieten, für Beratungen und Informationen. Wichtige Schritte wurden auch im Bereich Zusammenleben in den Quartieren erzielt, welches bereits in den Planungszellen als wichtig erachtet wurde. Insbesondere mehrsprachige Angebote von und für Bürger/innen haben sich dabei

über die Jahre etabliert. Allerdings wäre es vermessen zu sagen, dass diese Entwicklungen vorwiegend oder gar ausschließlich auf die Planungszelle zurückzuführen sind.

3 Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Planungszellen in Berlin waren in zweierlei Hinsicht vor besondere Herausforderungen gestellt (doppelter Pioniercharakter): Zum einen wurde diese Methode erstmals in diesem Kontext eingesetzt und war damit für fast alle Akteure neu, zum anderen erfolgte dies zur Erprobung eines neu entwickelten Instruments städtischer Entwicklung. Ob und wie sich die Ergebnisse der Planungszellen ohne das Quartiersmanagement durchgesetzt hätten, oder ob das Quartiersmanagement ohne Planungszelle entscheidend anders verlaufen wäre, kann mit den bisher zur Verfügung stehenden Methoden und Ressourcen nicht eindeutig festgestellt werden. Allerdings zeigt sich durch die zeitliche und inhaltliche Einordnung der Methode in ihren Kontext, dass der Erfolg oder Misserfolg der Planungszelle – wie auch wahrscheinlich jeder anderen Beteiligungsmethode – nicht ausschließlich in der Methode selbst begründet ist, sondern strukturelle Brüche und Kontinuitäten, sich wandelnde gesellschaftliche Trends oder Entwicklungen auf regionaler, nationaler oder globaler Ebene, auf die das Quartiersmanagement wenig bis keinen Einfluss hat sowie insbesondere die Vereinbarkeit von methodischen und programmatischen Zielen eine wichtige Rolle spielt.

Beteiligung erhielt im Kontext der Sozialen Stadt einen höheren Stellenwert als in früheren Ansätzen der Stadtteilentwicklung; es wurde aber deutlich, dass der vergleichsweise hohe Input an materiellen und immateriellen Ressourcen, an Integrationsleistung und Abstimmungsbedarf vonseiten des Quartiersmanagements und der Verwaltung nicht unmittelbar in einer – in Zahlen messbaren – erhöhten Aktivität der Anwohner mündete. Unklar bleibt auch nach dieser Analyse, welchen kurz-, mittel- und längerfristig aktivierenden Einfluss spezifische Methoden haben können; allerdings hinterließ die persönliche Einladung zur Planungszelle bei zwei der neun befragten Anwohner/innen einen solch guten Eindruck, dass sie sich auch circa fünf Jahre danach noch daran erinnerten. Generell wurden aber Beteiligungsverfahren eher als kollektiver Prozess verstanden, der mit höherem Aufwand bzw. Kompromissen verbunden ist, denn als ein individuelles, bürgerschaftliches Engagement. Aufgrund der in der Wahrnehmung der Anwohner/innen häufig fehlenden Verbindung zu sichtbaren Ergebnissen wurden Beteiligungsverfahren zudem nur als geringer Beitrag zur Verbesserung des Quartiers eingeschätzt (Schröder 2010, S. 147 ff).

3.1 Planungszellen von 1970 bis heute

Zu Beginn des Quartiersmanagements war die Planungszelle mit Sicherheit eine der bekanntesten Beteiligungsmethoden in Deutschland, die zudem viele überaus positive Kritiken vorzuweisen hatte. Es ist auch nicht auszuschließen, dass diese Tatsache eine Rolle bei der Auftragsvergabe spielte. Seitdem hat sich aber die Beteiligungslandschaft verändert: Neue Methoden erweiterten das Repertoire des Quartiersmanagements. Quartiersmanager/innen und Bürger/innen, aber auch die Akteure aus Politik und Verwaltung haben ein großes Erfahrungswissen durch die stetige und langjährige Anwendung im Rahmen der Sozialen Stadt.

Zwar ist die Planungszelle von ihren Zielen und Strukturen her strategisch angelegt: Sie zielt auf eine dauerhafte Verbesserung von Planungs- und Entscheidungsprozessen. Allerdings haben sich seit den 1970er Jahren viele gesellschaftliche Rahmenbedingungen geändert. Diese beinhalten zum einen auf der Bürgerseite ein selbstbewusstes Einfordern von Beteiligungsmöglichkeiten und zum anderen aufgrund begrenzter materieller und immaterieller kommunaler und individueller Ressourcen, die zumindest zeitweilig eine Arbeitsteilung zwischen Verwaltung, Quartiersmanagement und Bürgerschaft sinnvoll erscheinen lassen.

Auch wenn die Planungszelle in Berlin bisher nicht wieder angewendet wurde, so sind in der Beteiligungsarbeit der Quartiersmanagements durchaus einige Elemente wieder zu finden, die in Deutschland ursprünglich und zuerst in der Planungszelle angewendet wurden, wie zum Beispiel die Jurytätigkeit in den Bürgerjuries, die Präsenz und Einbindung von Experten, Verwaltung und Politik vor Ort und nicht zuletzt die Arbeit in Kleingruppen. Dies ist vielleicht weniger auf die eigentlichen Planungszellen in Berlin zurückzuführen, als auf eine veränderte Beteiligungslandschaft auf nationaler Ebene. Andere Elemente, wie zum Beispiel die Zufallsauswahl über das Melderegister haben sich hingegen als nicht praktikabel erwiesen, da in Großstädten eine vergleichsweise hohe Fluktuation der Anwohner/innen zu verzeichnen ist und die Melderegister dementsprechend nicht immer aktuell und vollständig sind. Auch das übergeordnete Ziel der Methode Planungszelle – die Beratung und Entscheidung zu Sachfragen als rechtlich unverbindliche Gutachtertätigkeit – stößt in diesem Zusammenhang auf Schwierigkeiten: Sowohl in der ersten Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms als auch in der Befragung der ehemaligen Teilnehmer/innen wurde der Wunsch der Bürger/innen nach größeren Entscheidungsbefugnissen und auch kurzfristig wahrnehmbaren (Zwischen-) Ergebnissen deutlich.

Mit mehr Beteiligungserfahrung der Politik, Verwaltung und des Quartiersmanagements wurde eine solche Entscheidungsübertragung auch in vielen Fällen – nicht nur in Berlin – für viele Themen, insbesondere Kultur und Bildung eingeführt. Demnach kann davon ausgegangen werden, dass eine Teilnahme an Beteiligungsverfahren, auch an Planungszellen, gewisse Lerneffekte und eine demokratische Qualifizierung bei den Bürger/innen hervorruft. Dies war und ist – nach eigenen Aussagen auch von den Quartiersmanager/innen und Verwaltungsakteuren – der Fall. Parallel zur Ausweitung der Beteiligungsangebote wurden in allen Quartieren auch unterstützende und vernetzende mehrsprachige Informationsangebote bereitgestellt, über die Beteiligungsmöglichkeiten leichter verbreitet und erfasst werden können.⁸

Bei all diesen Einschränkungen hinsichtlich der Einschätzung der Wirkungen der Methode Planungszelle darf nicht vergessen werden, dass es wahrscheinlich keine Methode bzw. kein einzelnes Verfahren gibt, das „Alles“ leisten kann. Vielmehr scheint die Abstimmung und Integration von Zielen, Methoden, Akteuren und Strukturen eine aktuelle Notwendigkeit und Herausforderung für komplexe partizipative Systeme (wie zum Beispiel ein Quartier). Stand bisher die Frage im Vordergrund, wann Wirkungen von Beteiligungsverfahren und Beteiligungsprozessen einsetzen, so sei kurz vor Abschluss auch die Frage in den Raum gestellt: „Wie lange können Beteiligungsverfahren überhaupt wirken?“

3.2 Empfehlungen – Kriterien für das Verfahren

Aus den obigen Ergebnissen werden abschließend wiederum einige Kriterien für die Gestaltung der Planungszelle und anderer Beteiligungsverfahren abgeleitet.

1. In Beteiligungsprozessen sollten die Rahmenbedingungen wie verfügbare Finanzen, Fähigkeiten, Zuständigkeiten und beanspruchte Zeit deutlich und realistisch benannt werden. Wichtig ist dabei auch, vorhandene Einschränkungen nicht zu unterschlagen. Ein solches Herangehen muss nicht unbedingt mit erhöhtem Zeit- und Personalaufwand verbunden sein oder ein Mehr an Information bedeuten. Als eine weitere Herausforderung für die Praxis ist zu überlegen, wie gegenseitige Vorteile und Erfolgserlebnisse hergestellt werden können, vor allem dann, wenn es sich um umfassendere Beteiligungsansätze mit langer Projektdauer und umfassenden Zielen handelt.

⁸ Regelmäßig erscheinende Publikationen in vielen Quartieren, Anzeigen in lokalen öffentlichen Medien, Internetplattformen.

2. Für die Integration der Erkenntnisse in Theorie und Praxis sowie ein verbessertes Verständnis des Akteurshandelns sind weitere vergleichende Untersuchungen, Systematisierungen und evtl. Typisierungen sinnvoll, die Disziplinen wie zum Beispiel Gemeinde- bzw. Umweltpsychologie, Stadtplanung, Ökonomie, Politikwissenschaften, Soziale Arbeit und Kooperationsmanagement zusammenbringen. Die Ergebnisse der Fallstudien sind möglicherweise auch nicht direkt auf andere Kommunen übertragbar. Entsprechend könnten weitere wissenschaftliche Untersuchungen sich damit befassen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten auf regionaler, nationaler und auch internationaler Ebene bezüglich der Verbindung von Beteiligung, Beteiligungsverfahren, Demokratie und effektiven Planungs- und Entscheidungsprozessen zu erfassen.
3. Bisher fehlen zum Beispiel auch Untersuchungen zu Kommunikationsformen in der Stadtteilentwicklung: Untersuchungen und Befunde, wie Sprache sinnvoll ergänzt werden könnte, welche Rolle unterschiedliche Kommunikationsstile zum Beispiel bei der Aktivierung von Anwohner/innen spielen. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, welche Voraussetzungen an die sprachlichen Fähigkeiten von Akteuren in solchen entwickelten Beteiligungssettings in den Quartiersmanagement-Gebieten gestellt werden und welchen Beitrag eine Beratung und Unterstützung darstellen könnte:

„Wenn's da Leute gibt, die sozusagen anderen helfen, die Hürde auch zu nehmen [einen Antrag zu stellen], dann könnte das schon was sein. Also, dass man auch sagt, das und das will ich machen und dann will man Unterstützung dafür und dann geht das aber auch nicht in 1.000 Instanzen und muss nicht irgendwie abgeheftet und zehnmals kopiert und in so'n Super-Deutsch gebracht werden.“

4. Und nicht zuletzt wäre zu untersuchen, wie nach dem Ende des Quartiersmanagements 2012 die bisherigen Erfolge und Erfahrungen verstetigt werden können, wie Erfahrungen mit Beteiligung an der Stadtteilentwicklung an andere Akteure weiter gegeben werden können und wie ein Lernen der Akteure unterstützt und ggf. erleichtert werden kann. Auch hier könnten Systematisierungen und vergleichende Studien wertvolle Hinweise liefern.

Literatur

- Aehnelt, Reinhard (2005): Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ – zentrale Ergebnisse. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 2/3, S.63–73.
- Alisch, Monika (Hg.) (1998): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: Leske + Budrich.
- Alisch, Monika (2003): „Philosophie“ und Ansatz von Quartiersmanagement – 12 Thesen als Versuch, ein Konzept der Realität anzupassen. Online verfügbar unter <http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/theorien/alisch/Quartiersmanagement.htm> [Stand: 17.05.2004].
- Argebau (2000): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. Zweite Fassung vom 01.03.2000. Online verfügbar unter http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeits-papiere/band3/3_argebau.shtml [Stand: 01.08.2004].
- Becker, Heidede/Löhr, Rolf-Peter (2000): „Soziale Stadt“ – Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: APuZ 50*, H. 10/11, S. 22–29.
- Becker, Heidede/Franke, Thomas/Löhr, Rolf-Peter (2002): Drei Jahre Programm Soziale Stadt – eine ermutigende Zwischenbilanz. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.): *Die Soziale Stadt: Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, S. 12–53.
- Brake, Klaus (2000): Strategische Entwicklungskonzepte für Großstädte. Mehr als eine Renaissance der Stadtentwicklungspläne? Überlegungen am Beispiel der „Berlin Studie. In: Archiv für Kommunalwissenschaften: AFK; *Grundlagen, Konzepte, Beispiele 39*, H. 2, S. 269–288.
- Dienel, Peter C. (1978): Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt; eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Difu - Deutsches Institut für Urbanistik (2001): Dokumentation des Impulskongress Quartiersmanagement am 26. und 27. Oktober 2000 in Leipzig Connewitz, Arbeitspapier Band 5, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik; Online verfügbar unter <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/> [Stand: 16.11.2004].
- Difu - Deutsches Institut für Urbanistik (2004): Die Soziale Stadt Endbericht. Online verfügbar unter <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/endbericht/8.2.phtml> [Stand: 02.09.2005].
- empirica (2003): Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999–2002. Band 1: Zusammenfassung und Empfehlungen, Ergebnisse für das Verfahren insgesamt. Online verfügbar unter <http://www.sozialestadt.de/gebiete/dokumente/DF8436-Band1.pdf> [Stand: 29.10.2004].
- Franke, Thomas (2002): Aktivierung und Beteiligung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. In: *Soziale Stadt- Info 7*, Februar 2002, Deutsches Institut für Urbanistik: Berlin, S. 2–6.
- Franke, Thomas/Löhr, Rolf-Peter (2001): Stellungnahme des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin zur öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ am 12. Mai 2001. Online verfügbar unter http://www.bundestag.de/gremien/enga/enga_kom002.pdf [Stand: 10.08.2004].
- Friedrichs, Jürgen/Hommerich, Carola (2005): Wie misst man soziale Maßnahmen? In: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hg.) 2005: *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45–48.
- Gastil, John/Keith, William M. (2005): A nation that (sometimes) likes to talk: A brief history of public deliberation in the United States. In Gastil, John/Levine, Peter (Hg.): *The Deliberative Democracy Handbook: Strategies for Effective Civic Engagement in the Twenty-First Century*. S. 1–19). San Francisco, CA: Jossey-Bass.

- Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hg.) (2005): *Praxis ohne Theorie?: Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (2005a): Einführung. In: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hg.): *Praxis ohne Theorie?: Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hammerbacher, Ruth/Claus, Frank (2001): Beteiligungs- und Dialogprozesse setzen sich durch. In: *RaumPlanung*, H. 99, S.301–303.
- Haus, Michael (2001): Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Bürgergesellschaft und lokaler Politik: Zwischen deliberativer Demokratie und kommunitärer Solidarität. Beitrag für die Tagung des Arbeitskreises Lokale Politikforschung in der DVPW, „Lokale Politik und Bürgergesellschaft“ am 15. und 16. März 2001 in Heppenheim. Online verfügbar unter http://www.ifs.tu-darmstadt.de/lopofa/ak-tagungen/heppenheim_2001_haus.pdf [Stand: 05.10.2004].
- Häußermann, Hartmut (2005): Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 2/3, S. 75–85.
- Helfen, Thomas (2000): Quartiersmanagement als innovativer Handlungsansatz in der Berliner Stadtentwicklungspolitik? In: Altrock, Uwe (Hg.): *Das Schöne im Notwendigen finden: Spielräume nachhaltiger Stadtentwicklung*. Festschrift für Martin Daub. Berlin: Leue Verlag.
- Hinte, Wolfgang (2001): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren – Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alisch, Monika (Hg.): *Stadtteilmanagement – Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt*. Opladen: Leske + Budrich, S. 153–170.
- Hüchtker, Sibille et al. (2000): Freiräume, Siedlung, Kooperationen. Forschungsergebnisse, Hinweise für die Praxis, Folgerungen. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Hüller, Thorsten (2005): *Deliberative Demokratie: Normen, Probleme und Institutionalisierungsformen*. Münster; Bremen: LitVerlag.
- Hüller, Thorsten (2009): Demokratie und Legitimität durch gesellschaftliche Einbindung. Vortrag an der Europäischen Akademie Berlin, Februar 2009. Online verfügbar unter <http://www.eaue.de/Vortrag/Partizipation/Hueller.pdf> [Stand: 21.07.2009].
- Krummacher, Michael (2003): *Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement: Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lange, Jens (2003): Partizipation: Überlegungen zum Verhältnis der politischen und der (sozial)pädagogischen Dimension eines Begriffs in einer (rhetorisch) modernisierten Sozialen Arbeit. S. 1. Online verfügbar unter <http://dspace.hrz.uni-dortmund.de:8080/bitstream/2003/5515/1/lange.pdf> [Stand: 29.07.2009].
- Olk, Thomas/Otto, Hans-Uwe/Backhaus-Maul, Holger (2003): *Soziale Arbeit als Dienstleistung – Zur analytischen und empirischen Leistungsfähigkeit eines theoretischen Konzepts*. In: Olk, Thomas/Otto, Hans-Uwe: *Soziale Arbeit als Dienstleistung: Grundlegungen, Entwürfe und Modelle*. München: Luchterhand, S. IX-LXXII.
- Schröder, Carolin (2010): *Akteure der Stadtteilentwicklung. Wie Verwaltung, Politik und Bürger-schaft Beteiligung definieren*. München: Oekom/Steiner.
- Selbstdarstellung des Quartiersmanagements Magdeburger Platz (2000): Online verfügbar unter <http://www.magdeburgerplatz-quartier.de/> [Stand: 20.02.2004].
- Selbstdarstellung Kommunales Forum (2004): Online verfügbar unter <http://www.sparrplatz-quartier.de/index.html>; <http://www.sparrplatz-quartier.de/easytool/index/229/> [Stand: 20.02.2004].
- Selbstdarstellung des Quartiersmanagements Sparrplatz (2003): Online verfügbar unter <http://www.spar-platz-quartier.de/> [Stand: 20.02.2004].

- Selbstdarstellung Quartiersmanagement Wrangelkiez (2003): Online verfügbar unter <http://www.wrangel-kiez.de/qm/1/haupt1.html> [Stand: 01.06.2004].
- Selbstdarstellung Quartiersmanagement Wrangelkiez (2004): Online verfügbar unter <http://www.wrangel-kiez.de/qm/2/haupt1.html> [Stand: 01.06.2004].
- SenStadt Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2004): Grundsätze des Quartiersmanage. Online verfügbar unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/Quartiermanagement/de/einleitung.shtml> [Stand: 29.08.2005].
- SenStadt (2004a): Grundsätze des Quartiersmanagement Berlin. Online verfügbar unter <http://www.quartierm-anagement-berlin.de/index/106/> [Stand: 29.08.2005].
- SenSUT (1999): Senat für Stadtentwicklung, Technologie und Umweltschutz Berlin: Bürgergutachten Wrangelkiez, Senat für Stadtentwicklung, Technologie und Umweltschutz Berlin: Berlin.
- SenSUT (2000a): Senat für Stadtentwicklung, Technologie und Umweltschutz Berlin: Bürgergutachten Magdeburger Platz, Senat für Stadtentwicklung, Technologie und Umweltschutz Berlin.
- SenSUT (2000b): Senat für Stadtentwicklung, Technologie und Umweltschutz Berlin: Bürgergutachten Sparrplatz, Senat für Stadtentwicklung, Technologie und Umweltschutz Berlin: Berlin.
- Soziale Stadt Bundestransferstelle (2000): Die Soziale Stadt, Programm. Online verfügbar unter <http://www.sozialestadt.de/programm/> [Stand: 13.06.2004].
- Statistisches Landesamt Berlin (2002): Statistisches Jahrbuch Berlin, Stand 31.Dezember 2002. Online verfügbar unter <http://www.statistik-berlin.de/Kbst/kbs-02.htm> [Stand: 05.05.2004].
- Sinning, Heidi/Wiedenhöft, Katrin (2003): Evaluation kommunaler Beteiligungskultur In: Verwaltung und Management, 9. Jahrgang, Heft 6, S. 299–303.
- Stein, Ursula (2005): Wissenschaftliche Erkenntnisse und quartierspolitischer Alltag der „Sozialen Stadt“. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 2/3, S. 175–182.
- Walther, Uwe-Jens (2002): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur sozialen Stadt? Opladen: Leske + Budrich.
- Walther, Uwe-Jens/Güntner, Simon (2005): Das Programm und seine Anforderungen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 2/3, S. 183–191.